

Saaleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 283

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, einschließlich RM. 3,70 pro Jahr
Durch die Post monatlich RM. 1,30, einschließlich RM. 4,00 außer Postgeb.
Schickstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801.
Jedenfalls von 7 Uhr an Redaktion 3600 und 5610. — Postfachnummer: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 14. Juni

Anzeigenpreis: Stille Anzeigen je Zeile 50 Pfg., ausserhalb je Zeile 40 Pfg.,
Bekanntmachungen 1,25 Pfg., Sonntags nach Vereinbarung.
Schickstelle Berlin: Hamburger Str. 30, Fernruf nach Kurzbuch Nr. 2290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Ueberraschungen der „Daily News“

Wartzeit in Weimar

Von kommenden Dingen.

(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)

Weimar, 13. Juni.

Die Reichsregierung ist nunmehr völlig nach Weimar übergeben, und auch Ebert hat im Weimarer Schloß Wohnung genommen. Sowohl die sämtlichen Regierungsglieder wie die Abgeordneten richten sich in einen längeren Aufenthalt in Weimar ein. In den Kreisen der Regierung nimmt man an, daß die Antwort der Entente erst am Mittwoch oder Donnerstag der Nationalversammlung unterbreitet werden wird. Die Abgeordneten werden deshalb erfaßt, in Weimar zu bleiben und zur Verfügung zu stehen.

Der Verfassungsausschuß ist erst für Mittwoch vermittelt einberufen, nachdem beschäftigt war, seine Arbeiten schon in dieser Woche zum Abschluß zu bringen. Die Vertreter der einzelnen Staatsregierungen sind in Weimar eingetroffen, eine Gelegenheit zur Festigung zu haben. Ob die Verfassung unmittelbar nach Erhebung der Friedensfrage an das Plenum gelangt, steht noch dahin. Die Öffnung des Verfassungswerkes in kurzer Zeit — man spricht von einer einzigen Sitzung — zu verabschieden, hat man aufgegeben. Man rechnet mit gründlichen und sorgfältigen Einzelberatungen, die mindestens 2 bis 3 Wochen dauern werden. Da auch der Etat, das neue Steuergesetz über den Staatserwerb und als dringlich angesehen werden und in dem bevorstehenden Tagungsbüchlein der Nationalversammlung erörtert werden sollen, ist mit einem längeren Verlassen des Reichsparlamentes zu rechnen.

Bekanntnis zur Einheitsrepublik

Der rote Parteitag in Weimar.

Weimar, 13. Juni.

Seute nachmittags beschloß sich der Parteitag in Weimar mit der ausführlichen Besprechung des Organisationsstatuts. Es ist kaum anzunehmen, daß der Parteitag auch am Sonntag aufgenommen und daß seine Sitzungen sich auch auf die nächste Woche erstrecken werden. Aus den beiden letzten Besessenen des Tages und Abends wurden im Laufe der Debatte bringende Hinweise um Unterbrechung vorgelegt. Ein Abgeordneter aus Leipzig wandte sich gegen die finanzielle Unterstützung für die Kationen gewährt werden. Auch die politischen Arbeiter wollen beim Besessenen, das Annahme des Organisationsstatuts erklärte Abg. Oberwiesland Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung, der in dem entscheidenden und lebenswichtigen Punkt zur Einheitsrepublik gestiftet. Es muß daran gedacht werden, führte Abg. weiter aus, daß wir es nicht mit einer Regierung Ebert, Scheibemann, sondern mit einer Scheibemann-Dernburg-Graberger-Regierung zu tun haben. Möglichst bald sollte der Schritt zu die Kleinrenten gegeben werden. (Mittels Zustimmung.) Wir richten an die Genossen im Lande den Appell, kämpft mit allen Kräften mitzuarbeiten. (Schloßter Beifall.) Zweck Rebe auf dem Sowjetkongress dinsten den Aben unzerer Minister auf ein Paar. Wir hoffen, daß möglichst Arbeit lösen zu können, als es in den letzten 4 Monaten geschah.

Worte für die Masuren

Kein Grund zu Befürchtungen.

(Von einem Sonderberichterstatter.)

Thorn, 13. Juni.

Auf Versicherungen aus dem Allensteiner Regierungsbüro gibt der Regierungschef bekannt: Man kann hoffen, daß es unseren Unterhändlern in Versailles, gestützt auf die Vorkonventionen und die Wilsonschen Grundzüge, gelingen wird, die politischen Ansprüche auf Ostpreußen abzuweisen. Eine Volksabstimmung kann überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Sollte es wider Erwarten doch dazu kommen, so hätte kein Zweifel sein, daß sie mindestens neun Zehntel Majorität für Deutschland ergeben würde, vorausgesetzt, daß die Volksabstimmung wirklich frei und nicht unter polnischer Besetzung des Landes stattfinden. Bei einem polnischen Angriff auf Bromberg und Thorn würde Allenstein als Hauptort des Westpreußen und Ostpreußenpunkt der allen einschmeicheln. Die Interessen des Regierungsbüros und Allensteins seien völlig

Fünf „Zugeständnisse“

Der Sieg der Engländer im Biererrat — Groß-Demobilisierung — Das Rheinland von Entente-Zivilbehörden verwaltet — Englische Eigenpolitik. (Eigene Drahtmeldung der „D. Z.“)

Verfaßtes 13. Juni.

Die Aufnahme Japans in den Biererrat und die Anerkennung Kollifals wird von den amerikanischen und französischen Vätern als ein gefeierter Erfolg Japans angesehen. Die Londoner „Daily News“ zeigt sich vom Gang der Angelegenheiten in Paris begeistert und erklärt, daß die fünf Hauptzugeständnisse, welche die englischen Rikeralen gewünscht haben, durchgeführt worden seien. Nämlich:

1. die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im Oktober;
2. die Festlegung der von Deutschland zu zahlenden Schadenersatzsumme bis zum Herbst (wahrscheinlich 150 Milliarden);
3. die schon bekannten Zugeständnisse in den Ostpreußen;
4. die Beschränkung der Entschädigungskommission;
5. ein kleines Zugeständnis in der Saarfrage.

Nach den Andeutungen des Blattes soll die Objektivität der Volksabstimmung im Saargebiet völlig gesichert, und es soll auch jede politische Propaganda im ganzen linken Rheingebiet unterbunden werden.

Endlich behauptet die „Daily News“, daß die militärische Befehls des linken Rheingebietes ungültig gefallen sei und in kurzer Zeit der Übergang zu einer Befehls nur durch feindliche Zivilbehörden beginnen werde. Wegezogen ist, daß Wilson gegen einen Antrag Lord Robert Cecil für sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund deshalb gestimmt haben soll, weil dieser Antrag verfaßt war mit einem Antrag Englands, die sofortige Abklärung in allen europäischen Ländern durchzuführen. England wünschte die sofortige Abklärung Europas und die Alleinherrschaft seiner Flotte. Weil aber England in der Plattenfrage keinerlei Zugeständnisse gemacht hat, wehr sich Amerika in der Abklärungfrage. Im anderen Falle hätte Wilson für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gestimmt, und Lord Robert Cecil Antrag wäre angenommen worden. — Wilsons Reise nach Brüssel hat sich abermals verzögert. (Siehe auch 2. Seite.)

solidarisch mit denen Westpreußens. Die Allensteiner Abwehrmaßnahmen seien im Einklang mit den in Westpreußen zu treffenden. Falls ein polnischer Angriff auf die ostpreussische Grenze versucht wird, sind Vorbereitungen zur Abwehr getroffen. Befürchtungen sind bis jetzt noch grundlos. Es gilt, den kommenden Ereignissen mit kühlem Kopf und heissem Herzen entgegenzutreten, fest entschlossen, daß Ostpreußen ungeteilt deutsch sein und bleiben muß.

Rußlands neue Regierung

Paris, 13. Juni.

Die Bedingungen der Militeren, die Kollifal nunmehr als bindend anerkannt hat, und die ihn in der Note vom 26. Mai anerkannt wurden, umfassen acht Punkte, darunter die Einberufung einer Konstituante, bevorzogen aus freier und gleicher Abstammung, welche die Einberufung der Konstituante von 1917, falls die Ordnung noch nicht konvert wiederhergestellt sein sollte, um Wahlen vorzunehmen, sobald Kollifal bis Westau vorgebrungen ist. Im Innern darf das alte Regime nicht wieder hergestellt werden. Bürgerliche und religiöse Freiheit muß gewährleistet werden. Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands und Polens, Schiedsgericht des Völkerbundes in der Grenzfrage, gleiche Stellung für die Beziehungen Rußlands zu Griechenland, Sizilien und den baltischen Gebieten, die als selbständigen Staaten

anerkannt werden müssen, sowie Anerkennung der Verpflichtungen Rußlands hinsichtlich der Nationalität sind weitere Bedingungen. Kollifal hat diese Bedingungen angenommen und gleichzeitig erklärt, daß seine Regierung dem Rande Ruhe und Frieden geben wolle, damit das russische Volk frei durch die Konstituante über sein Schicksal entscheiden könne.

London, 13. Juni.

Die Korrespondenz der Militeren mit Admiral Kollifal ist amtlich veröffentlicht worden.

Anfrage über Mißbrauch von Reichsgeldern für Parteizwecke

Die deutschen nationalen Abg. D. Mumm und Schiele haben folgende Anfrage eingebracht: Der Präsident des Staatsministeriums teilte unter Nr. 264 der Druckausgabe auf Anfrage des mitunterzeichneten D. Mumm mit, daß die Reichsregierung es mißbilligt, wenn von irgend einer amtlichen Stelle Reichsgelder zu Parteizwecken bewilligt worden sind und daß die Reichsregierung im Februar die ausdrückliche Verfügung an den Reichsdienst für die Reichsdienstleistungen erlassen habe, sich über weiteren Propaganda zu enthalten; das nach nicht entlassene Personal sei lediglich mit der Rechnungslegung und Uebergabe befaßt. Ist der Reichsregierung bekannt, daß der genannte Reichsdienst der deutschen Republik, Berlin W. 8, Jagelstraße 11, sich an diese Verfügung nicht hält?

Uns liegt der Nachweis vor, daß am 10. April dieser „Reichsdienst“ als „Reichsdienstliche“ einige hundert Stück der Schrift „Die Verwirklichung des Bergbaues und die Grubenbesitzer“ von Otto Gue und G. Werner verfaßt; Ende April erhielt ein kopiertes Buch 600 Stück der gleichen Broschüre in Postkasten als Reichsdienstliche kostenlos von diesem „Reichsdienst“; nach der „Reichsdienstliche Zeitung“ vom 25. April verbande der „Reichsdienst“ als „Reichsdienstliche“ mit dem Stempel „Militärische Stelle Unverfügbares Amt“ Mitte April viele hundert Drukschriften an gewisse Industrien mit dem Erwidern, sie unter der Arbeiterschaft zu verteilen. Mitte April wurde als „Reichsdienstliche“ kostenlos des genannten Reichsdienstes eine Schrift von R. Weidmann „Sozialismus und Landwirt“ in 100 Exemplaren verschickt. Andere Sendungen gehen unter der Firma „Büro für soziale Aufklärung, Berlin, Jagelstr. 11“ heraus.

Des weiteren hat (nach Nr. 200 des „Reichsböten“) der Verlag Franke und Lange in Berlin die von mir angeführte sozialdemokratische Schrift „Der Technik im neuen Staat“ am 7. April mit folgendem Aufdruck an die Unternehmungs-Berände verandt: „Wir erwideln von der Reichsregierung den Auftrag, beliebige Aufklärungs-broschüren kostenlos an sämtliche Verbände Deutschlands zur Verteilung zu bringen. Wir bitten zu diesem Zweck um gefällige Mitteilung, in welcher Weise die Verteilung der Aufklärungschriften vor sich gehen könnte und wieviel Broschüren für den Verein in Frage kommen würden.“

Endlich ging dem mitunterzeichneten D. Mumm am 9. Mai als „Reichsdienstliche“ von der „Zentralen für Heimadientliche“ Berlin W. 35, Potsdamer Straße 113, eine Denkschrift, Der Geist der deutschen Volksgemeinschaft“ zu; die Zentrale für Heimadientliche bezieht sich darin als „Aufklärungsstelle der Reichsregierung“. Nach anderen Drukschriften ist die „Zentrale für Heimadientliche“ im November 1918 dem damaligen Volksbeauftragten, jetzigen Ministerpräsidenten Scheibemann, unterstellt worden. Die von ihr geplante Volksaufklärung im Reich“ arbeitet „nach der Grundrissen der sozialistischen ungeordneten Gemeinwirtschaft“ und fordert, daß ihre Beamten „rückhaltlos auf dem Boden der deutschen Republik stehen“; ihr Vertreter Josef Meurer schreibt: „Die Zentrale stellt, wenn der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik weiter besteht, und im Interesse sozialistischer Konzentration unserer Gesamtverantwortung muß er weiter bestehen, das einträglichste Organ der Zentralrat und der Reichsregierung.“ Das geplante Unternehmen wird erhebliche Summen erfordern, die sich jedoch zweifellos in neu genommene Milliardenwerte umsetzen werden.“

Gestalt hat 16 Landes- und Provinzialzentralen, weiter Kreisgesundheitsstellen, Ortsgesundheitsstellen, Arbeiter-, Soldaten-, Beamten-, Handwerker-, Handels- und Landwirtdienststellen, die ihren Tätigkeitsbereich nach Regionen des Reichsaufklärungsamtes“ ausgestalten, „offizielle Aufklärung, die sich in Lehrbüchern, Telegrammen (unter trakter Zentralisierung), Flug- und Merkläuten, Aufzügen, Flugdrifteln, Plakaten, Tabellen,

